

# Die (Selbst-) Überforderung der Politik

Werner J. Patzelt

## Zusammenfassung:

In diesem Beitrag wird gezeigt, was politische (Selbst-) Überforderung ist, wie sie zustande kommt, welche Formen sie derzeit in Deutschland annimmt und wie sich ihr wehren ließe. Entfaltet wird das Argument vor allem entlang dem Begriffspaar einer „Plastilin-Theorie“ und einer „Biotope-Theorie“ der Politik.

## I. Welche Überforderung?

Offensichtlich waren Simbabwe Politiker mit der Aufgabe überfordert, ihr in Landwirtschaft, Bergbau und Tourismus einst blühendes Land auf Erfolgskurs zu halten. Gleiches gilt für die zaristische Regierung bei der Modernisierung des Russischen Kaiserreichs. Doch in Deutschland? Ist unser Land nicht auferstanden aus Ruinen, auch aus solchen der sozialistischen Wirtschaftspolitik? Zurückgekehrt auf den Rang einer europäischen Führungsmacht? Und so reich, dass unlängst die Reaktion auf massenhafte Zuwanderung schlicht war: Ja, wir schaffen das!

Wenn es in Deutschland um die Überforderung von Politik und Politikern geht, dann anscheinend auf einem hohen Niveau üblichen Gelingens. Doch eine wichtige Rolle spielen schon auch Sprichwortweisheiten wie „Übermut tut selten gut“. Unübersehbar ist nämlich eine starke rechtspopulistische Partei entstanden, die sich von der folgenden, gesellschaftlich weitverbreiteten Empfindung nährt: Wir sind bei der Migrations- und Integrationspolitik auf keinem wirklich guten Kurs, nicht bei der Energie-,



**Prof. Dr. Werner Patzelt**

Professor für politische Systeme und Systemvergleich,  
Technische Universität Dresden

Euro- oder Europapolitik, vielleicht auch nicht beim Umgang mit unserem großen Nachbarn Russland. Anscheinend zielte die von Union, SPD und Grünen geprägte Grundrichtung unserer Zuwanderungs-, Energie- und Euro-Politik an den Wünschen gar nicht weniger im Lande vorbei. Auf diese Weise entstand zum rechten Rand hin eine Repräsentationslücke, ja kam es sogar zu querfrontartigen Wählerwanderungen von der Linken und den Sozialdemokraten hin zur AfD. Leicht nachrechenbar ist die einstige linke Mehrheit aus SPD, Grünen und Linkspartei sowohl im Parlament als auch in der öffentlichen Meinung abgelöst worden durch eine rechte Mehrheit aus Union, FDP und AfD. Das ist durchaus das Gegenteil dessen, was Deutschlands „Mitte“ und deren Repräsentanten politisch erreichen wollten.

Wie kam es dazu? Vermutlich ist unsere politische Klasse<sup>1</sup> mit ihrer Politik über die Hinnahmefähigkeit eines beträchtlichen Teils der Wahlbevölkerung hinausgegangen. Womöglich haben unsere Politiker auch ihre Führungs- und Argumentationskompetenzen überfordert. Und vielleicht haben sie überdies unsere politische Maschinerie überlastet: erst durch wenig responsive<sup>2</sup> „Durchregieren“, dann durch jene Aufsplitterung unserer Parlamente, die dem Abnehmen der Bindekraft von Union und SPD sowie dem Aufkommen von Protestparteien geschuldet ist. Jedenfalls scheiterten Ende November 2017 erstmals zu bundesdeutschen Zeiten durchaus ernstgemeinte Vorverhandlungen zur Regierungsbildung, und drückten sich auch jahrelang staatstragende Parteien vor der Übernahme von Regierungsverantwortung.

Obendrein setzen sich große politische Gestaltungsprobleme auf europäischer Ebene fort. Wie nämlich erhält man die wirtschafts-, sozial- und budgetpolitischen Voraussetzungen der Eurozone? Wie wehrt man dem Auseinanderstreben von EU-Staaten, wofür „Brexit“, „Grexit“ und „antieuropäischer Populismus“ ja nur Kurzformeln sind? Wie sichert man die Errungenschaften eines „Europa ohne Binnengrenzen“ angesichts des Migrationsdrucks auf die Außengrenzen der EU? Für dies alles hat Europas politische Klasse noch keine Antworten, wenigstens keine solche, die einen Großteil der Bürgerschaft wirklich überzeugen. Unübersehbar ist auch ein bloßes „Weiter so!“, das sich auf die Plausibilität des Bewährten beruft, in seinen Grenznutzenbereich geraten. „Mehr Europa!“ klingt in manchen Ohren zwar immer noch gut; doch wie lässt sich größere Brüsseler Autorität mit dem Demokratieprinzip verbinden, wenn es doch kein „europäisches Volk“ gibt – und schon gar kein bevölkerungsproportionales Europäisches Parlament? Oder: Wie passt „Mehr Liberalität!“ zu den allenthalben spürbaren Einbußen an Sicherheit im öffentlichen Raum – und gar zu den für Europas Sozialstaatlichkeit abträglichen Folgen des die Nationalstaatsgrenzen niederreisenden Neoliberalismus? Und falls man, in durchaus guter Tradition, „Mehr Solidarität!“ verlangt: Zu wessen Lasten lässt die sich ohne Begrenzung der Zahl der Anspruchsberechtigten aus welchen Mitteln nachhaltig finanzieren? Und dann gar erst die Forderung nach „Offenheit für Geflüchtete aus aller Welt“: Was wird, wenn gerade dieses humanitär so attraktive Ziel unter den Bedingungen von Demokratie überall die rechtspopulistischen Parteien stärkt?

Es scheint, dass bereits das Weitergehen auf durchaus bewährten Pfaden zur Überforderung derer führt, die Politik betreiben oder erleben. Zudem zeichnen sich neue politische Herausforderungen ab, über deren Diagnose es ebenso wenig Konsens gibt wie über denkbare Therapien. Sie reichen von geopolitischen Umschichtungen im Nahen Osten bis zum Aufstieg des autoritären China zur Weltmacht. Das alles vor Augen, wirkt es durchaus nicht sonderbar, wenn man sich über eine mögliche Selbst- und Fremdüberforderung auch unserer bislang so erfolgreichen Politik, Politiker und politischen Maschinerie Gedanken macht.

## II. Drei Grundfaktoren politischer (Selbst-) Überforderung

Politik ist – so eine weit verbreitete Definition – jenes menschliche Handeln, das auf die Herstellung und Durchsetzung allgemein verbindlicher Regeln und Entscheidungen in oder zwischen Gruppen von Menschen abzielt. Solches Handeln fällt leichter oder schwerer, und zwar abhängig von mindestens drei Faktoren.

Erstens ist nicht jeder, dem eine politische Rolle zufällt, wirklich begabt für sie. Auch in der Politik sieht man immer wieder jenes Bürokratenverhängnis am Wirken, das in der „Beförderung bis zur endgültigen Überforderung“ besteht. Zwar haben die Inhaber hoher Staatsämter oft sehr gute Mitarbeiter. Doch man muss schon auch in der Lage sein, guten Rat zu erkennen und anzunehmen. Ferner ist oft damit zu rechnen, dass Ratschläge von den Interessen dessen geprägt werden, der sie erteilt. Also wäre Menschenkenntnis vonnöten. Die ist aber auch in der Politik eine knappe Ressource. Im Übrigen gilt es meist, zwischen mehreren Übeln zu wählen. Das liegt aber nicht jedem Politiker, und also lässt man nicht selten die Dinge treiben und Probleme fortschwären.

Zweitens ist nicht jede Gesellschaft gleich oder gar gleich gut regierbar. Einesteils ist das nicht überall sehr ausgeprägt, was Michel Foucault die „gouvernementalité“ nannte, also die „Mentalität einer Hinnahme des Regiertwerdens“. Am deutlichsten werden Mängel hieran, wenn man solchen Gesellschaften die Ordnungsform des westlichen Staates aufdrängen will, die dafür so wenig Bedarf haben wie Afghanistan oder der Jemen. Dort führt zur Überforderung von Politik allein schon der Versuch, politischen Prozessen staatliche Formen aufzuprägen. Andernteils passt nicht jeder Regierungsstil zu den politisch-kulturellen Selbstverständlichkeiten jeder Gesellschaft. Russland ist nun einmal anders zu regieren als Deutschland. Jedenfalls kommt es zur Überforderung von Politik leicht beim Versuch, gegen informelle Einflusststrukturen anzuregieren.

Drittens hängt von den gesetzten Politikzielen ab, wie leicht Politik in die Gefahr gerät, sich zu überfordern. Den ehrgeizigsten Anspruch erhebt totalitäre Politik. Deshalb scheitert sie auch sehr oft. Nicht weniger will sie, als einer Gesellschaft ein neues Gefüge handlungsleitender Werte aufzuprägen. Stalin versuchte das in Russland, Mao in China. Gewiss kann man auf diese Weise viel Bisheriges zerstören, folgenreich für mehrere Generationen. Doch ein „neuer Mensch“ oder ein „Paradies auf Erden“ entstand so noch nie. Viel verlässlicher führt zum Erfolg das viel weniger ehrgeizige Ziel, einfach einen verlässlichen Zustand gesellschaftlicher Verhältnisse zu schaffen. Langfristig stabil kann das gelingen in einer autoritären Diktatur, solange diese nicht mehr anstrebt als die Sicherung des Bestehenden durch „Zuckerbrot und Peitsche“. Ein nachhaltiger wirtschaftlicher Aufschwung, gar ein innovatives technologisches oder kulturelles Klima, entsteht auf diese Weise freilich nicht. Womöglich unterfordert Politik in solchen Fällen ihre Möglichkeiten und hält die regierte Gesellschaft unter deren Möglichkeiten guten Lebens.

Pluralistische Demokratien versuchen, genau das zu unterlassen. Dafür verlangen sie ihren Bürgern und Politikern besonders viel ab. Die ersteren sollen sich um ihrer Interessen willen engagieren – und trotzdem Niederlagen auch gegenüber solchen Konkurrenten hinnehmen, deren Politik sie für völlig falsch halten. Und die letzteren sollen mit ihrer Berufskarriere für ihr politisches Handeln haften – und trotzdem nicht opportunistisch agieren. Solche Maximen können rasch überfordern. Und an seine Grenzen gebracht wird unter solchen Umständen auch die Leistungsfähigkeit des politischen Systems insgesamt, zumal wenn es einen Sozialstaat betreiben will. Der näm-

lich kostet viel Geld, verlangt nach dauerhafter Umverteilung, erlebt die praktische Grenzenlosigkeit von Ansprüchen und wird unweigerlich übernutzt, sobald der Kreis der Anspruchsberechtigten nicht wirkungsvoll eng gehalten wird. Das aber wird schwierig, wenn Ethik und Ökonomie in Widerspruch geraten.

### III. Die „Plastilin-Theorie“ und die „Biotop-Theorie“ politischen Gestaltens

Vor allem ist folgenreich, ob die Bürger sich Wirtschaft und Gesellschaft wie ein „Stück Plastilin“ vorstellen, das von Politikern ganz nach ihren und der Wähler Vorstellungen geformt werden könnte, oder ob sie Wirtschaft und Gesellschaft eher als ein „Biotop“ ansehen, in das man zwar politisch eingreifen kann, doch dabei stets riskiert, dessen Wirkungskreisläufe zu überlagern oder zu zerstören. Die Welt ist aber keine Knetmasse, die Politiker ganz nach Wunsch und Willen gestalten könnten. Eher gleicht sie einem Biotop. Dessen Naturstrukturen lassen sich zwar leicht schädigen, doch selten verbessern. Deshalb legen wir auch Wert auf Naturschutzgebiete und auf Biotopvernetzung, um möglichst viele Naturprozesse zu unser aller Nutzen selbstorganisiert ablaufen zu lassen.

Mit Soziotopen aber halten wir es recht anders. Weil allein wir Menschen sie hervorbringen, hoffen wir gern, sie ließen sich dann auch entlang unserer Wünsche gestalten. Etwa beschloss die EU im Jahr 2000, binnen eines Jahrzehnts wolle sie zum dynamischsten Wirtschaftsraum der Erde werden. Später legte die Klimarahmenkonvention der UNO fest, die globale Erwärmung der Erde solle – im Vergleich zum Niveau vor der Industrialisierung – auf zwei Grad Celsius begrenzt werden. Und wir westlichen Staaten schicken Soldaten in viele Teile der Welt, um dort Demokratien zu errichten. Doch aus dem EU-Beschluss wurde nichts, aus dem UNO-Beschluss wird vermutlich auch nichts werden, und der Export von Demokratie scheitert Mal um Mal.

Vielleicht lässt sich durch Politik wirklich nicht mehr Konstruktives erreichen als eine nachhaltige Verfestigung dessen, was auch ohne Politik zustande käme, oder mehr schaffen als ein verlässlicher Ordnungsrahmen für wünschenswertes Handeln, das sich dann selbst organisiert. Tatsächlich trifft eine solche „Biotop-Theorie der Politik“ viel besser die realen Handlungsumstände von Politik als die mit ihr rivalisierende „Plastilin-Theorie“. Aller politische Gestaltungswille bricht sich nun einmal an der Natur des Menschen<sup>3</sup> sowie an jener Funktionslogik menschlichen Zusammenlebens und Wirtschaftens, die sich aus ihr ergibt. Nur auf beidem aufsetzend, nicht aber derlei konterkarierend, lässt sich nachhaltig gestaltungskräftige Politik betreiben. Daran ändert auch die Einführung von Demokratie mit den Gestaltungs- und Vetomöglichkeiten pluralistischer Interessenkonkurrenz nicht viel. Dennoch eignet sich auch ein realistisches Menschen- und Gesellschaftsbild nicht zur Rechtfertigung eines bestimmten politischen Kurses als „alternativlos“. Es besteht nämlich immer eine Alternative: das Unterlassen zum Tun, das Eingreifen zum Treibenlassen. Nur gibt es nie eine Erfolgsgarantie – und zumal dann nicht, wenn man sich mehr vornimmt, als die Wirklichkeit hergeben kann. Das Herz ist oft größer als das Mögliche, die Funktionsweise der Wirklichkeit oft anders als unterstellt. Auch gutgemeinter Voluntarismus stößt deshalb immer wieder an Grenzen.

## IV. Die Plastilin-Theorie der Politik und ihre üblen Folgen

Doch leider wurde gerade die Plastilin-Theorie sehr populär, zumal in Verbindung mit ethisch begeisternden Utopien. Heute prägt sie die Erwartungen der meisten Bürger an demokratische Politik. Also versuchen gerade in Demokratien die politischen Parteien und ihre Politiker, gemäß der Plastilin-Theorie aufzutreten: zumindest in ihrer programmatischen Selbstdarstellung, möglichst aber auch durch praktisches Gestaltungshandeln. Politik erscheint dann als Verwirklichung eines für selbstverständlich genommenen „Auftrags“, die Welt nach solchen Vorstellungen planvoll auszugestalten, die jeweils für „recht und billig“ gehalten werden. Ganz fern liegt hingegen die Einsicht, dass die meiste Politik wenig anderes sein kann als ein den realen Problementwicklungen hinterherhechelnder Reparaturbetrieb.

Herrschen immerhin liberale Politikwünsche vor, zumal solche nach einem zwar wirkungsvollen, doch schlanken Staat, so kann es die politische Klasse für viele Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft bei Rahmenregeln belassen, kann also Regieren in Form von Ordnungspolitik betreiben. Diese setzt Rahmenbedingungen, an denen sich die Bürger in eigener Verantwortung für die Folgen ihres Handelns zu orientieren haben. Das hält eine Regierung aus vielen gesellschaftlichen Konflikten heraus, erleichtert eine sparsame Haushaltsführung und erlaubt vergleichsweise niedrige Besteuerung. Politische Überforderung droht dann selten.

Wünscht sich hingegen eine Gesellschaft einen stark umverteilenden Sozialstaat, ja gar einen möglichst alle Lebensrisiken absichernden Daseinsvorsorgestaat, so kann das Regieren sehr schwierig werden.<sup>4</sup> Ausgehend von sozialstaatlichen Gemeinwohlvorstellungen wird der Regierung dann nämlich eine in viele Lebensbereiche eingreifende Prozesspolitik abverlangt. Solcher Interventionismus konfrontiert die Regierung fortan mit so gut wie allen gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Problemen, und zudem noch in der Erwartung, es ließe sich für sie wirklich Abhilfe schaffen. „Politikillusion“ – ein Begriff parallel zu dem der „Geldillusion“ – ist die angemessene Bezeichnung für eine solche Erwartung. Im schlimmsten Fall erwecken um die Regierungsmacht konkurrierende Parteien sogar absichtlich den Eindruck, man könne und werde wirklich rasch Erfolge solcher Art haben. Hegeln die Bürger auch ihrerseits solche Erwartungen, so treiben sie die politische Klasse in eine Art „Verantwortungsimperialismus“. Wenn dem dann anschließend eine Partei oder Regierung nicht gerecht zu werden vermag, was ja höchst wahrscheinlich ist, dann sind Vertrauensverluste gegenüber der politischen Klasse sowie Legitimitätseinbußen des politischen Systems schlicht unvermeidlich.

Im Übrigen verheddert sich der verantwortungsimperialistische Staat in immer schwieriger auflösbaren Erwartungswidersprüchen. Im Zeichen der Politikillusion muss er ja für die Lösung wichtiger Probleme selbst sorgen, soll zugleich aber dem Durchschnittsbürger nicht mit allzu hohen Steuern und Abgaben kommen. Auch hat er – unter dem Banner sozialer Gerechtigkeit – Einzelfallgerechtigkeit zu garantieren, darf es aber mit der dann rasch wachsenden Komplexität des Rechtssystems sowie mit jener Bürokratie nicht übertreiben, die es zur Erlangung und Handhabung der für Einzelfallgerechtigkeit erforderlichen Daten nun einmal braucht. Zudem hat eine Gesellschaft, die von ihrem Staat viel verlangt, nach Erreichung der Grenzen einer refinanzierbaren Staatsverschuldung dem Regierungssystem einen ziemlich großen Teil des Volkseinkommens zur Verfügung zu stellen, damit er dann nach politischen Gesichtspunkten umverteilt werden kann. Als bald wird die Gesellschaft aber entdecken, dass ihre politische Klasse mit den staatlich subventionierten Organisationen des So-

zial- und Wirtschaftslebens symbiotisch zusammenlebt, ja oft bis hin zur wechselseitig praktizierten Korruption. Auch sollte eine solche Gesellschaft sich nicht wundern, dass ihre Parteien und Politiker den Sozialetat irgendwann als Köder zum Stimmenfang nutzen. Solche Züge eines aktiven Daseinsvorsorgestaates erzeugen aber eine sich ausbreitende System- und Politikverdrossenheit.

Deshalb ist ein Sozialstaat als Versprechen und Programm stets sehr attraktiv, bleibt aber, sobald man ihn zu verwirklichen sucht, deutlich hinter dem Erwarteten zurück. Das gilt zumal für die Ansprüche der Bürger. Für die gibt es nämlich nur abstrakte, in der Praxis so gut wie nie leicht akzeptable Grenzen. Die hieraus entspringende Unzufriedenheit in der Bürgerschaft lässt sich dann wirkungsvoll – doch zum Schaden politischer Nachhaltigkeit – für Feldvorteile in der Parteienkonkurrenz nutzen. Einerseits kann man Lücken staatlicher Daseinsvorsorge oder Mängel bei der Verwirklichung „sozialer Gerechtigkeit“ kritisieren und die Schuld dafür dem politischen Gegner anlasten. Andererseits wird man „Mitnahme-Effekte“ und eine „Trittbrettfahrer-Kultur“ zwar kritisieren, sie aber zunächst einmal durch einen noch feineren Ausbau des Sozialstaates und seines Rechtssystems zu beseitigen versuchen. Erst wenn der Dschungel einschlägiger Vorschriften ganz unwegsam wird, entstehen Chancen auf deren Auslichtung. In beiden Politikphasen aber kommt es unweigerlich zu heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen. Die mögen sogar im politischen Manichäismus<sup>5</sup> münden, bei dem die „Guten“ den „Bösen“ gegenüberstehen.

Am Ende einer solchen Überforderung des Staates, samt anschließender Unveröhnlichkeit in den Reihen der politischen Klasse sowie zwischen ihr und Teilen der Bürgerschaft, mag die berechtigte Sorge um die weitere Regierbarkeit dieses Staates stehen. Im schlimmsten Fall kommt es – bei Beschränkung auf freiheitliche Mittel – sogar zur tatsächlichen Unregierbarkeit einer Gesellschaft. Dann wird der Rückfall in ein autoritäres Regime möglich, womöglich gar attraktiv. Zwar eröffnete eine rechtzeitige Rückbesinnung auf liberale Grundsätze gesellschaftlicher Eigenverantwortung sowie auf das Prinzip staatlicher Subsidiarität einen besseren Ausweg aus jener Sackgasse. Doch es pflegt gerade dann zu sarkastischer Politiker- und Systemkritik zu kommen, wenn sich die Anzeichen einer Überforderung des Staates mehren. Damit rechtfertigt sich nämlich der Entzug politischer Partizipationsbereitschaft. Gar nicht wenige werden derlei sogar als „gerechte Strafe“ für das „Versagen der politischen Klasse“ ausgeben.

Dadurch aber werden demonstrative Politikverdrossenheit, Wahlabstinenz und Partizipationsverweigerung ihrerseits zu politischen Akten. Und weil die Demokratie ausdrücklich zum Mitmachen einlädt, bietet gerade sie leicht nutzbare Ansatzpunkte für Erpressungsversuche durch demonstrative Weigerung. Man soll wählen; also praktiziert man Wahlstreik – und findet das sogar besonders attraktiv, wenn politische Kommentatoren die Anzahl der Sitze in einem Parlament von der Höhe der Wahlbeteiligung abhängig machen wollen. Oder jemand wirbt für Engagement in Parteien; also bekundet man am besten, dass derlei für einen aufrechten Menschen wie einem selbst doch gar nicht in Frage kommt. Zwar sind das alles reine Trotzreaktionen, zu denen eine sich überfordernde Demokratie nicht nur junge Leute, sondern auch Erwachsene reizt. Derlei Verhalten wird dann aber nicht den Trotzigen, sondern der Demokratie selbst aufs Schuldkonto geschrieben. Also sollte sich eine Demokratie besser nicht durch Überforderung ihrer Politiker in eine solche Lage bringen. Das aber heißt: Man sollte gerade in einer Demokratie für ein Politikdenken entlang der Biotop-Theorie werben.

## V. Objektive Überforderungsursachen

Das wäre auch deshalb angemessen, weil die System- und Politikerkritik – nach einer Phase eher lethargischen Grummelns – in einen heute recht aktiven Rechtspopulismus gemündet ist. Der nährt sich stark aus der Empfindung, „die da oben“ wären überfordert, gestünden das aber nicht ein. Tatsächlich spricht viel für eine objektive Überforderung „der Politik“. Wann war denn je der politischen Klasse gleich die ganze Erde, die gesamte Weltwirtschaft, die globale Gesellschaft zur Gestaltung aufgegeben? Auch macht nicht länger das stabile Spannungsfeld des Ost/West-Konflikts die Weltpolitik übersichtlich. Obendrein ist es zu Ende gegangen mit der Überflussgesellschaft des europäischen Wirtschaftswunders, die Wohlstand, soziale Sicherheit sowie das Gefühl bescherte, allein an Verbesserungen zu arbeiten wäre unsere Aufgabe.

Jetzt aber stehen international nie gekannte Herausforderungen auf der politischen Tagesordnung. Sie reichen von der Neugewichtung globaler Machtstrukturen über den Klimawandel und ein zahlenstarkes, andauerndes Migrationsgeschehen bis hin zum innerstaatlichen Rückbau des früher Erreichten. Auch vollzieht sich das alles unter substanzangreifenden Verteilungskonflikten sowohl innerhalb unserer Gesellschaften („Globalisierungsgewinner“ vs. „Globalisierungsverlierer“, „länger schon im Land Lebende sowie den Sozialstaat Finanzierende“ vs. „Refugees“) als auch zwischen den „reichen“ und den „armen“ Staaten. Obendrein verursacht gerade der letztere Konflikt jene großen Migrationsströme, die ihrerseits den inneren Zusammenhalt der europäischen Gesellschaften unter starke Spannungen setzen. Weder die Größe dieser Aufgaben noch die Unmöglichkeit, sie reibungslos zu erfüllen, scheint aber einer Mehrheit im Staatsvolk bislang klar zu sein. Bequemer reagiert es sich mit Ausflüchten: mit moralgetriebenem voluntaristischem<sup>6</sup> Übermut, mit immer schärferen Forderungen an die Adresse der Politik, mit jener lange schon demoskopisch nachgewiesenen Unzufriedenheit in der Gesellschaft, die aus bloßer „Politikverdrossenheit“ zu lautstarkem Populismus und zur Demagogie im Internet angewachsen ist.

Das alles ist umso ernster zu nehmen, als es obendrein viele systematische Beeinträchtigungen jener Formen konstruktiver politischer Beteiligung gibt, mit denen sich das Human- und Sozialkapital unseres Landes viel besser nutzen und mit ihm so manche Politiküberforderung abwenden ließe. Zu handeln wäre hier von der fortgeschrittenen Auflösung jener lebenslang prägenden Milieus, in denen auf sie adaptierte Parteien jahrzehntelang wurzeln konnten. Zu sprechen wäre über die große Mobilität gerade von Elitegruppen, denn sie reduziert die Chancen stark, dass sich leistungstüchtige Eliten dauerhaft in die – notwendigerweise lokal verankerten – bürgerschaftlichen Beteiligungsstrukturen einbringen. Und zum Problem für politische Beteiligung wird nicht zuletzt jene Individualisierung von Lebensstilen, die den traditionellen, auf kollektives Handeln setzenden Beteiligungsformen in Parteien und Kommunalpolitik die Wurzeln ausdörft. Neue Partizipationsformen wie Bürgerforen, Planungszellen und projektbezogene Initiativen sind hingegen noch unzureichend bekannt. Auch führt deren geringe sachliche, zeitliche und machtmäßige Reichweite immer wieder zur Enttäuschung und zum Rückzug von Gestaltungswilligen. Obendrein schwanden mitsamt dem – anderweitig sehr zu begrüßenden – Abklingen der Attraktivität von Großideologien auch deren Mobilisierungswirkungen.

Doch nicht nur diese Erosionserscheinungen im Inneren oder jene Herausforderungen von außen bringen unseren Staat an die Grenzen seiner Leistungskraft. Hinzu kommt die Reaktionsträgheit politischer Institutionen und kommt so manche Politikblockade zwischen dem Bundestag und dem – vom Wahlvolk gern mit einer oppositio-

nellen Mehrheit ausgestatteten – Bundesrat. Zu alledem fügt sich die Neigung jeder etablierten politischen Klasse, Probleme erst dann anzugehen, wenn sich das gar nicht mehr vermeiden lässt. Am markantesten zeigte sich dies in den letzten Jahren in der deutschen Migrationspolitik. Die oszillierte zwischen einem anfänglichen *laissez faire* guten Gewissens, dann einem stolzen Auftrumpfen als moralische Großmacht, und am Ende einer katerartigen politischen Neuorientierung. Diese setzt nun aufs Draußenhalten neuer Migranten sowie auf den Versuch einer Abschiebung von nicht Bleibeberechtigten. Sie hat aber noch keinen Ausweg aus dem Dilemma gefunden, dass sich eben nicht mit Plausibilitätsgründen abschieben lässt, wer zunächst einmal guten Willens in unsere Gesellschaft integriert wurde.

Im Übrigen fehlt solcher Neigung zum Laufenlassen selbst absehbar übler Entwicklungen noch nicht einmal die politische Rationalität. Denn nur dann können auf Wiederwahl angewiesene Politiker oder Parteien den Wählern mit schwierigen Problemen kommen, wenn die Bürger auch zu hören bereit sind, dass es jene Probleme wirklich gibt, dass jegliche Lösung schmerzen wird, und dass diese Probleme nun trotzdem angepackt werden müssen. In der Politik muss ein Wagen gleichsam erst einmal tief in den Dreck geraten, bevor sich sein – durchaus absehbar – falscher Kurs wirklich korrigieren lässt. Anschließend aber kann zur politischen Bewältigung selbst von rechtzeitig erkannten Herausforderungen niemand beitragen, der aufgrund seines an sich lobenswerten Versuchs abgewählt wurde, ein noch nicht allgemein akzeptiertes Problem sozusagen „auf Vorrat“ anzugehen, oder der – wegen politiküblicher Diffamierung einer solchen Absicht als „an der Wirklichkeit vorbei“ – gar nicht erst an die Macht gelangt ist. Und weil die meisten Politiker erfahrungsbelehrt um solche Wirkungszusammenhänge wissen, nehmen ihre Wahlkämpfe sowie viele öffentliche Debatten einen unaufrichtigen, oft leichtfertigen, Andersdenkende für dumm erklärenden oder ausgrenzenden Charakter nicht einfach deshalb an, weil die politische Klasse das womöglich so will. Sondern auf diese Weise wird genau das gesellschaftliche Verlangen nach einfachen Antworten auf einfache Fragen befriedigt, auch die Hoffnung auf das Ausbleiben von ethischen Dilemmata, und vor allem der Wunsch, von schmerzenden Maßnahmen verschont zu bleiben. Den Rest diskursiver Selbstberuhigung besorgen – wenigstens zeitweise – jene Standards politischer Korrektheit, die mit dem Echo vergangener, besserer Zeiten trösten.

In den letzten Jahren wurde das alles besonders deutlich am Zwillingsthema von Migration und Integration. Beides treibt unsere Politik und Politiker in Grenzbereiche ihrer Leistungsfähigkeit. Tabus politischer Korrektheit schlossen nämlich lange Zeit die Erörterung unserer faktischen Zuwanderungspolitik vom legitimierenden öffentlichen Diskurs aus. Kipppunkt war die „Sarrazin-Debatte“, ausgelöst durch Thilo Sarrazins im Jahr 2010 erschienenes Buch „Deutschland schafft sich ab“. Wer fortan Probleme mit zumal muslimischer Einwanderung oder ob der Kinderzahlen von Migranten thematisierte, der machte sich politisch-öffentlich unmöglich. Zugleich wurden viele Ideen zu einer aktiven Familien- und Bevölkerungspolitik durch geschichtspolitische Tabuisierungen unterbunden, vor allem durch eine Gleichsetzung mit der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik. Umgekehrt entstanden bei sehr vielen Leuten große Ressentiments nicht nur gegen Zuwanderungspolitik und Zuwanderungspolitiker, sondern – leider – auch gegen Zuwanderer. Und unverkennbar gerieten wir in diese politisch-kulturelle Sackgasse durch das Vermeiden einer ergebnisoffenen Zuwanderungs- und Integrationsdebatte: Eben weil man es sich diskursiv leicht machen wollte, trieb man auf eine realpolitische Überforderung hin. Mit deren Erblasten wird gewiss schwer umzugehen sein. Also ist jetzt schon risikolos die Fortdauer populistischer Em-



pörung über ein Versagen von Politik und Politikern vorherzusagen. Besser aber wäre die Einsicht, dass die Wurzel jener Übel in einer teils gutgemeint-riskanten, teils fahrlässig verkannten Selbstüberforderung unserer Politik liegt.

Solange eine Gesellschaft im Überfluss lebt, lässt sich solche Verdrängung und Verweigerung des politisch Schweren zwar durchaus praktizieren. Eine gewisse Zeit lang kann man sogar ganz unübersehbare Politiküberforderungen teils weglächeln, teils wegargumentieren, teils sich von mancherlei Problemen freikaufen. Hat man aber allzu lange Politik jenseits der gegebenen Verhältnisse betrieben, so lässt sich irgendwann Realismus nicht mehr als „ahnungslose Phobie“ oder als „Schüren unbegründeter Ängste“ abtun. Dann gerät die etablierte politische Klasse zwischen die Mülsteine einesteils der nicht länger zu beschönigenden Wirklichkeit, andernteils der diese Wirklichkeit noch nicht akzeptierenden öffentlichen Meinung. Die allzu späten Boten trifft dann großer Zorn über die jetzt unaufschiebbare Nachricht. In Deutschland – beispielsweise – führte das erst zur Herabsetzung und Ausgrenzung derer, die vor einer allzu offenerzigen Migrationspolitik und deren Folgen warnten. Später traf der Zorn auch jene Parteien, die solche Politik als „alternativlos“ betrieben hatten. Er bescherte ihnen Wahlniederlagen, was in den Reihen vieler Parteimitglieder die Lust auf die Übernahme weiterer Regierungsverantwortung deutlich sinken ließ. Parallel äußerte sich diese Entwicklung in abfallenden Zustimmungswerten für Regierung und Parteien, in sinkendem Vertrauen in die Kompetenz der Politiker, in verächtlichem Reden über Politik. PEGIDAS Empörungsrufe an die Adresse von „Volksverrätern“ und der sie beschirmenden „Lügenpresse“ trieben das nur auf die Spitze. Und es klangen derlei Rufe umso schriller, als sie nun nicht von der üblicherweise systemkritischen Linken vorbracht wurden, sondern vom rechten Rand des politischen Spektrums. Der empirisch nachgewiesene und außerdem völlig plausible Negativismus massenmedialer Politikdarstellung („Nur schlechte Nachrichten sind gute Nachrichten!“) tat im hier wichtigen Wirkungszusammenhang das Übrige. Obendrein wurde das Empörungsverhalten sowie die Suche nach Politik- und Systemalternativen durch das wiederholte Bekanntwerden von echten oder imaginierten Skandalen angetrieben.

Solche Zusammenhänge wirken sich umso schlimmer aus, je mehr vorab – im Sinn der Plastilin-Theorie – von „den Politikern“ und vom Staat erwartet wird. Das ist gerade in Deutschland nicht wenig. Gründlich wurde hier die liberale Vorstellung niedergekämpft, der Staat solle nur subsidiär das erledigen, was Bürger und Gesellschaft nicht alleine leisten könnten. Schon der Gedanke an eine vor allem dienende Rolle des Staates wurde vergiftet, seit als „neoliberal“ regelrecht beschimpft wurde, was immer als Alternative zum umfassenden Daseinsvorsorgestaat auftrat. Recht unpopulär ist inzwischen die Vorstellung, der Staat sei eigentlich nur ein „notwendiges Übel“, dem man nicht mehr Macht als unbedingt erforderlich geben solle. Im Gegenteil bekämpft man diesen Gedanken unter dem attraktiven Banner der sozialen Gerechtigkeit: Nur den Reichen genüge ein schlanker Staat; die Mehrheit im Lande indessen wäre schwach und abhängig vom Staat als Umverteiler gesellschaftlicher Güter.

## VI. Was nun?

Liegt aber die wichtigste Kraft einer Gesellschaft wirklich vor allem in ihrem Staat? Gibt es denn grundsätzlich zu wenige Möglichkeiten einer konstruktiven, ja auch karitativen Selbstorganisation selbstbewusster Bürger? Muss die Gesellschaft alternativlos solche Politiker ganz absehbar überfordern, die ihren Wünschen teils gutwillig, teils

vom Wiederwahlmechanismus erzwungen entgegenkommen – statt erst einmal bereitwillig an die Grenzen dessen zu gehen, was sie selbst zu leisten imstande ist? Besser sollten wir wohl Lehren aus gerade der Zeit ziehen, zu welcher die Migration nach Deutschland ihren bisherigen Höhepunkt erreichte. Zwischen dem Herbst 2015 und dem Frühjahr 2016 leistete unsere Zivilgesellschaft nämlich Großes bei der Aufnahme von Geflüchteten, während die Überforderung des Staats und seiner Verwaltung offensichtlich wurde.

Warum also nicht überhaupt mehr auf den guten Willen in einer Gesellschaft setzen und ihn auch systematisch kultivieren? Und obendrein die politische Klasse vor ihrer Selbstüberforderung auch dadurch schützen, dass wir alle uns bereitwilliger auf Erörterungen realer Probleme selbst dann einlassen, wenn ihre Lösungen uns absehbar in ethische Dilemmata führen? Und warum nicht immer wieder sagen, wo unser Gemeinwesen eine seiner verletzlichsten politisch-kulturelle Schwachstellen hat: nämlich bei der Überforderung seiner Politiker und seiner politischen Maschinerie in bester Absicht – und weit im Vorfeld all dessen bei der Hoffnung allzu vieler Leute, Politik lasse sich so einfach gestalten wie ein Stück Plastilin.

## Anmerkungen

- 1 Das ist kein herabsetzender, sondern ein technischer Begriff. Er bezeichnet alle jene, die Politik nicht nebenberuflich betreiben, sondern aus ihren politischen Ämtern ihren Lebensunterhalt bestreiten.
- 2 Responsivität meint die praktizierte Bereitschaft, sich auf die Argumente, Interessenbekundungen und Wünsche eines anderen einzulassen.
- 3 Diese muss man inzwischen nicht mehr „philosophisch erraten“, sondern wurde tiefgreifend empirisch erforscht: von der Soziobiologie bis hin zur Humanethologie, und von der Evolutionspsychologie bis hin zur Evolutionären Ethik.
- 4 An die Grenze zur Überforderung gerät solche Politik zumal dann, wenn das Fehlen merklichen Wirtschaftswachstums mit bereits großer Staatsverschuldung zusammentrifft, angesichts welcher die Zins- und Tilgungszahlungen öffentlicher Kassen ihrerseits einen großen Teil der Staatsausgaben ausmachen.
- 5 Darunter versteht man eine dualistische Religion bzw. Welt- und Politikansicht, bei welcher „das Gute“ (bzw. „die Guten“) scharf „dem Bösen“ (bzw. „den Bösen“) gegenübersteht. Die Bezeichnung geht zurück auf den persischen Religionsstifter Mani (216-271 n. Chr.). Manichäisches Denken prägte dann während der gesamten europäischen Geistesgeschichte viele politische Diskurse.
- 6 Voluntarismus (von lat. voluntas, d.h. Wille) meint eine Haltung, die so tut, als könne allein durch Willensanstrengung alles erreicht werden, was man sich vornimmt.